

Berliner Volks-Zeitung

Nieder mit dem Agrariertum.

Ein Aufruf des Sanjabundes.

Wir haben im heutigen Morgenblatt aus den Klagen der Bauern über den Berliner Preisverfall entnehmen, daß dem Volk abermals eine bedeutende Erhöhung der Fleischpreise droht, so daß das Fleisch in Zukunft noch mehr vom Tische der Arbeiter und des Mittelstandes verschwinden wird als bisher. Das wird geschehen, weil das immer noch allmächtige Agrariertum eine Festsetzung der Grenzen nicht zuläßt. Wir haben ferner gesehen, wie dieses das Volk schamlos ausbeutet. Agrariertum seine schwer bedrohte Macht mit den verwerflichsten Mitteln aufrecht zu erhalten sucht, wie es besonders den wirtschaftlichen Boykott, den Terrorismus in der struppellosesten Weise gegen den politischen Gegner anwendet. Gegen diesen agrarischen Terrorismus erhebt jetzt der Sanjabund eine Erklärung, in der es heißt:

„In unserer Zeit innerpolitischer Hochspannung, welche eine ihrer Hauptursachen in der einseitigen, Industrie, Handel, Gewerbe und Verkehr bedingenden Politik des Bundes der Landwirte hat, legt dieser Bund sein Hauptanliegen in der Verwirklichung des wirtschaftlichen Treibens mit Boykottmaßnahmen gegen ihm nicht genehme Gesellschaften fort. Dem Sanjabund liegt es am Herzen, die schädlichen und schädlichen Beweismittel (unter Namentnennung) zu diesen Tugenden vor, dessen demnach die umfassende Bevölkerung jedermann die Augen darüber öffnen muß, in welcher Weise die Verantwortung in der Weise von Seiten des Bundes gegen den sozialen Frieden gewirkt wird.“

Der Sanjabund angelegentlich ermahnen haben ergeben, daß die praktischen Folgen derartige Boykottmaßnahmen häufig erheblich übertrieben werden. Es ist aber unbedingt erforderlich, daß die Zwangs- und Gewaltspolitik des Bundes der Landwirte, welcher mit seinen Boykottmaßnahmen vor allem die Einschränkung um jeden Preis zu verbreiten beabsichtigt, um Personen, die solchen Bestimmungen unterliegen, seinen Zweck dienlich machen zu können, von allen staatsgefährlichen Elementen des deutschen Gewerbestandes in schärfster Weise befreit wird. In diesen Bestreben kann sich der Unterstützung der staatsleitenden Personen um so leichter wissen, als der Boykott, wie er vom Bund der Landwirte angeordnet wird, abermals gefährliche Folgen für das soziale Leben mit sich bringen können. Wir haben uns schließlich unter Umständen zu einer wirtschaftlichen Abgrenzung dem, in welcher der am maßvollsten und terroristischsten Vorgehen die Oberhand gewinnt.

Der Sanjabund hat entsprechend seiner Hauptaufgabe und Pflicht die Angehörigen von Handel, Gewerbe und Industrie zur Schädigung von schädlichen Elementen des agrarischen Boykotts einem eingehenden Studium unterzogen, zu dem Zweck, diejenigen wirtschaftlichen Mittel und Wege festzustellen, welche geeignet sind, derartige staatsgefährliche Treiben ein für allemal zu beugen.

Das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch bietet hierzu die geeignete Grundlage:

§ 226 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestimmt: „Wer in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise einem anderen ein rechtlich Schädliches zufügt, ist dem anderen zum Ersatz des Schadens verpflichtet.“

Zu dieser Bestimmung hat der 29. Deutsche Juristentag in Karlsruhe folgende Resolution gefaßt:

„Die zivilrechtlichen Voraussetzungen und Folgen unerlaubter Verursachungen, insbesondere der auf Waren- oder Arbeitskraft gerichteten, die die namentlich im Zusammenhange mit dem modernen Lohn- und Arbeitsverhältnis stehenden, bestimmen sich im allgemeinen nach § 226 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Der Juristentag hat das Vertrauen zu der deutschen Rechtsprechung, daß sie wie bisher so auch ferner verstehen wird, aus der Grundlage dieser Gesetzesbestimmung die Interessen der individuellen Gewerbe- und Arbeitsfähigkeit mit dem der freien gesellschaftlichen Selbsthilfe zu einer gerechten und billigen Ordnung zu vereinen. In diesem Sinne hat der Juristentag eine Milderung oder Ergänzung des Bürgerlichen Gesetzbuchs in dieser Materie zurzeit nicht für geboten.“

Dieser Standpunkt ist auch vom Reichsgericht in ständiger Rechtsprechung angenommen worden, die man in den Satz zusammenfassen kann:

„Verursachungen sind unerlaubt bei sittenwidriger Enttöndung des verletzten Zwecks oder des zur Anwendung gebrachten Mittels.“

Begweckt die Aufzucht zum Boykott, einen politischen oder wirtschaftspolitischen Gegner für seine Stellungnahme zu streifen oder an der Betätigung seiner Lebensbeziehung zu hindern oder zur Verletzung seiner Lebensbeziehung zu zwingen, so steht die sittenwidrigkeit dieser Handlungswiese außer Frage. Die Unzulässigkeit der Entschädigung des Rechtsgenossen wird ausdrücklich hervorgehoben in der Entscheidung des Reichsgerichts VI. Zivilsenat vom 29. Mai 1905 (vgl. „Recht“ 1906, Seite 620). In dem Beschlusse des 28. Deutschen Juristentages Band II, Seite 74, wird obigen Satze mit Recht derjenige Verursacher gleichgestellt, welcher zur Milderung politischer und sozialpolitischer Gegner in dem Sinne geschieht, daß die Verbreitung von entgegengesetzten Anschauungen gehindert oder erschwert, die Verbreitung des eigenen Glaubens gefördert werden soll. Bei der Auslegung des § 226 des Bürgerlichen Gesetzbuchs empfiehlt sich aber zahlreiche Kommentare zum Bürgerlichen Gesetzbuch, daß ein Agitator des Bundes der Landwirte die Verbreitung eines landlichen Bezuges zum Boykott einer wirtschaftlichen Aufforderung, deren Verfasser dem Bunde beizutreten sich weigerte.

Hiernach besteht kein Zweifel, daß nach der Rechtsprechung des höchsten deutschen Gerichtes die vom Bund der Landwirte ausgehenden Verursachungen, die sich auf Aufforderungen zum Boykott 1. einen Anspruch auf Unterlassung und 2. einen solchen auf Schadensersatz gemäß § 226 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zulassen, Verursachungen im Einzelnen eine unfählichen oder gar strafbaren Charakter trägt. In einer großen Zahl der vorhandenen Botschaften ist es aber, da es sich häufig um kleinere Orte handelt,

ohne Schwierigkeit möglich, den ursächlichen Zusammenhang zwischen Verursachung und Schaden festzustellen. Dabei ist darauf hinzuwirken, daß die beschuldigten Personen als Gesamtschuldner, das heißt jeder für die gesamte in Betracht kommende Schadensersatzsumme haften.

Der Sanjabund (Zentralbüro Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 3) fordert alle Angehörigen des erworbene Bürgerertums auf, ihm weiterhin spruchreife und authentische Material in allen Wohltatangelegenheiten des Bundes der Landwirte zur Verfügung zu stellen. Er wird selbst Veranlassung nehmen, in geeigneten Fällen die Beteiligten auf Unterlassung und Schadenersatz in Anspruch zu nehmen. Der Sanjabund ist ferner bereit, seinen durch Verursachungen und Boykottierungen betroffenen Mitgliedern die Prozesskosten und Anwaltsunterstützung in den von ihm für ausüblich erachteten Schadenersatz, Schadenersatz, Anwaltskosten und im Bedarfsfalle auch Wochsätze auf die Ersatzforderung selbst zu übernehmen.“

Wenn schließlich der Sanjabund die Erwartung ausspricht, daß sowohl die Reichsregierung wie der Reichstag im Bewußtsein des durch den Boykott des Bundes der Landwirte herbeigeführten Gemeinwohlens und des Verlustes an staatsfreundiger und staatsbehaltender Stimmung auch im Auge des Reichstages entsprechende Bestimmungen treffen werden, die geeignet sind, derartige Boykottvorhaben und Verursachungen durch Anwendung nachdrücklicher Abmahnung auszuheilen, so erwartet er freilich von der Regierung und dem Reichstage, deren wir uns jetzt erfreuen, zu viel. Die imponieren dem Agrariertum nicht im geringsten; solange die die Gesetze des deutschen Volkes leiten, wird das Agrariertum frech weiter sich über Recht und Gesetz, über das sittliche wie über das geschriebene, hinwegsetzen. Anders wird es erst werden, wenn das deutsche Volk selbst sein Schicksal in die Hand nimmt und seine Feigheit, seine Ausdauer, das Agrariertum, bis aufs Messer, bis zur Vernichtung bekämpft. Denn vernichtet muß die Organisation des Grobagrariertums, der Bund der Landwirte, werden. Das arbeitende Volk führt gegen diesen, der es ausnützt und politisch fruchtet, einen Kämpferkampf. Möge es dafür sorgen, daß in dem Entscheidungskampfe, der im Herbst nächsten Jahres geschlagen werden wird und vielleicht viel früher, der Sieg endlich auf seiner Seite bleibt.

Der Kaiser in Swinemünde.

Einem Telegramm aus Swinemünde zufolge empfing der Kaiser dort gestern nach dem späten Abend den Besuch des Großherzogs von Oldenburg, der auf seiner Jagd „Lemloh“ in einem Spaziergang in Begleitung des Reichsanzlegers, gegen Mittag tag in Swinemünde der Geheimen Regierungsrats v. Strenpel, Stellvertreter des Chefs des Zivilinstituts, zum Vortrag ein und nahm auf der „Hohenjollen“ Wohnung, heute nachmittags 3 Uhr 17 Minuten reisten der Reichsanzleger nach Gohentow und der Staatssekretär des Kaiserlichen v. Rieder-Wagner nach Berlin zurück.

Graves Glend

erregt das Zentrum, je näher die Reichstagswahlen heranrücken. Die größte Sorge ist die, daß die Parteigelder für die Wahlkämpfe diesmal nicht so reichlich fließen werden als sonst. „Das Zentrum“, schreibt der „Bayer. Kurier“, „hat bei den nächsten Wahlen keinen leichten Stand; es wird nur Gegner und nur keine Freunde haben; es hat wohl die Treue und Begeisterung seiner Wähler, und das ist sehr viel wert. Aber es braucht auch Geld, und daran fehlt es mehr, als Freunde und Gegner ahnen. Solche Dinge sind ganz unverantwortlich, und es muß von den leitenden Stellen alles getan werden, um diese Dinge in Ordnung zu bringen.“ Das ist recht bezeichnend für die Stimmung der Zentrumswähler! Aber was tun in solcher Not?

Gerade die kommenden Wahlen werden eine Umnebung von Geldausgaben in allen Kreisen herbeiführen. Dafür sorgt schon der Sanjabund, der in alle Kreise seine Flugblätter werfen will; man sagt, daß er über zehn Millionen Mark zur Verfügung und einen Kampf entfesseln wolle, der selbst amerikanische Wahlpraktiken übertrifft werden. Und das will was heißen?

Zehn Millionen Mark? Ja, wer kann da noch mit! So weit reicht die Treue und Begeisterung der Zentrumswähler denn doch wohl nicht. Doch hierher kommt dem bayerischen Zentrumsklub ein rettender Gedanke:

„Vielleicht überlegt sich der Reichstag, ob er nicht angeht, solcher Kämpfe nach englischer Weise ein Geheiß zu erlassen will, das den Höchstbetrag der Wahlkämpfungsstellen pro Wähler festsetzt; ein ganz gelander Gedanke. Selbst wenn man eine Mark hierfür nimmt, gibt es noch rund vierzehn Millionen Mark, was die Reichstagsmitglieder an Parteikosten zu lassen, und da in jedem Kreis eine Partei auftreten, so darf man annehmen, daß ein solcher Höchstbetrag noch immerhin ungenügend bis dreißig Millionen Mark Wahlkosten zuläßt, wenn auch in einzelnen Bezirken der Höchstbetrag nicht erreicht wird.“

„Wie wär's? Vielleicht überlegt sich der Reichstag“ und rettet das Zentrum aus seiner Not.

Ueber die Krisislagen der deutschen Volkswirtschaftler hat die Reichliche Zentralstelle des Deutschen Völkervereins eine Erhebung angefaßt, die sich auf 1504 zu Krisislagen berechtigte Schuldverhältnisse erstreckt. Nach dem vorliegenden Ergebnis haben davon nur 482 Krisislagen bewilligt; von der Regierung sind bis jetzt nur die Zulagen in 307 Gemeinden befristigt; in 128 Fällen hat sich die Regierung noch nicht geäußert, 41 Bezirke hat sie als zu hoch, 6 als zu niedrig beantragt; in 14 Gemeinden sind infolge Einspruchs

der Regierung die Zulagen erniedrigt worden; insgesamt hat die Regierung also in 55 Fällen geantwortet. Dazu kommt noch, daß in vielen Fällen die Gemeinden niedrige Zulagen beschlossen, weil auf die Genehmigung für höhere Sätze nicht zu rechnen war. Am günstigsten ist der Stand der Angelegenheit in der Provinz Brandenburg, wo von 102 Gemeinden 64 Zulagen bewilligt. In Bezug auf die Höhe der Zulagen ist zu bemerken, daß die niedrige 100 Mark, die höchste 900 Mark beträgt. Diese wird nur von einer Gemeinde, und zwar von Frankfurt a. M. gewährt.

Der zuverlässliche Canalejas.

Die Auslandsreise des spanischen Königspaars.

Der tapfere spanische Ministerpräsident Canalejas hat sich durch die Drohungen, daß die spanischen Klerrikalen wegen des Bruches der Regierung mit dem Vatikan eine Volkserhebung gegen die Dynastie und die Regierung in Szene setzen würden, nicht im geringsten einschüchtern lassen. Wie aus San Sebastian berichtet wird, ist das spanische Königs-paar gestern von dort nach Paris abgereist.

Wenn Canalejas die Lage insbesondere für kritisch ansehen würde, so würde er sicherlich nicht seine Einwilligung dazu gegeben haben, daß der König von Spanien gerade jetzt sich nach dem Auslande begibt.

Wie noch aus Madrid gemeldet wird, erklärte der Ministerpräsident Canalejas in einem Interview:

„Es ist nicht wahr, daß ein großer Teil des Volkes auf Seiten des Vatikan's steht. Niemand nimmt hier den Abbruch der Verhandlungen mit dem Vatikan tragisch; selbst ein großer Teil des Episcopats ist mit der Einseitigkeit der Klerriker einverstanden. Die Proteste der Klerriker Presse sind schwach. Die Aberrung des spanischen Volkstums beim Vatikan, Ojeda, bedeutet, daß die Verhandlungen mit dem Vatikan auf unbestimmte Zeit hin abgebrochen worden sind. Bald werden jedoch Dekrete erscheinen, die aus freien Stücken zur Lösung der Klerriker Frage führen werden. Die Regierung beharrt bei ihrer unerschütterlichen Haltung. Die Regierung ist die Regierung, die die Klerriker nicht zugeben. Im Vatikan war man nicht unterrichtet, als man glaubte, die Regierung werde schließlich klein beigeben oder gestürzt werden, ehe sie ihr Programm auszuführen beginne.“

Weiteren Meldungen aus Madrid zufolge haben die spanischen Klerrikalen darauf verzichtet, ihre große Abgabeung am 7. d. M. in San Sebastian abzuhalten. Die Kundgebung soll nunmehr in Pamplona stattfinden.

Statenjammerstimmung

herricht jetzt im Vatikan. Das geht aus dem Bericht über eine Unterredung hervor, die ein Vertreter des „Giornale d'Italia“ mit dem vatikanischen Kardinal Pavesi h Luto hatte, der einer der ersten Ratgeber des Papstes ist und der auch die famose Worrausenspflicht verfaßt hat. Der Kardinal behauptete in dieser Unterredung, der Papst Spaniens gänzlich fern zu stehen (?); er beschränke sich darauf, zu Wohl zu beten, daß er die spanische Regierung erleichte und zum besseren führe.

Der Herr Kardinal wird lange beten können. Daß der Vatikan das Spiel schon jetzt als verloren betrachtet, geht hinfänglich aus der im heutigen Morgenblatt wiedergegebenen Meldung des vatikan-offiziösen „Observatore Romano“ hervor, daß der päpstliche Nuntius in Madrid vom Vatikan keine Weisungen zur Abreise erhalten habe. Im Vatikan gibt man also immer noch nicht die Hoffnung auf die Wiederabnahme der Verhandlungen mit Spanien auf.

Der Zar kommt nach Darmstadt.

Wie aus Petersburg berichtet wird, wird das Zarenpaar mit seinen Kindern am 23. August zum Besuch bei dem Großherzog von Hessen, dem Bruder der Zarin, reisen. Auf der Reise wird Zar Nikolaus eine Begegnung mit Kaiser Wilhelm II. haben, außerdem wird er in Hamburg den Stallhalter des Kaiserlichen, Grafen Woronzow Delstow im Zuge empfangen. Der Darmstädter Aufenthalt der Zarenfamilie ist auf zwei Monate angesetzt, nach deren Ablauf sie direkt nach Zarsoje Selo zurückkehren wird. Die deutschen Polizeibehörden und das deutsche Militär werden wieder viel Arbeit bekommen, um durch eingehende Überwachungen und umfassende Absperrungen das Leben des Zaren zu schützen.

Die Kofakenübergänge an der deutschen Grenze.

Aus Buthen (Oberlausitz) wird berichtet: Gestern nachmittag fand in Przelitz die kriegsgerichtliche Untersuchung über die im Vorjahre erfolgte Beschießung des deutschen Ballons „Tschudi“ durch russische Grenzsoldaten statt. Der Untersuchung wohnten die russischen und deutschen Grenzbeobachter bei. Wie bereits im Vorjahr, so hat auch diesmal die Untersuchung einwandfrei die Tatsache ergeben, daß der „Tschudi“ beschossen worden ist, als er sich noch auf preussischem Gebiet befand.

Der Griechenboykott in der Türkei.

Einem Telegramm aus Konstantinopel zufolge ließ der dortige Wohltatensklub den Zeitungen die Mitteilung wissen, daß der Boykott der griechischen Waren streng durchzuführen werden solle, bis die kretischen Schuldenfrage auf Acta behafteten Besprechungen verwickelt hätten.

Der türkische Minister des Inneren ist gestern abend nach Agadonien und Albanien abgereist. Der in einem außerordentlichen Ministerrat beschlossenen Reise wird die größte Bedeutung beigemessen. Sicherem Vernehmen nach soll der Minister in erster Linie den Hebergründen der Behörden bei der Entlohnung einhalt gebieten. Ferner soll er bei der Anwendung des Straßengesetzes, der Frage der makkomedanischen Einwanderung sowie den Straßensanften seine Aufmerksamkeit widmen.

Vultrags Bräuer, der wohl seine Erfahrungen aus dem...

neue Tarif verschiedene Forderungen in Bezug auf...

festgehalten, bis sie ein Kaufmann gefunden und zur...

Lokales Zugzusammenstoß vor dem Bahnhof Friedrichstraße.

Wagt Auswanderer verkehrt.

Auf der Straße zwischen den Bahnhöfen Börse und Friedrich...

Am 15 Uhr 30 Minuten hatte der mit russischen Aus...

Die Namen der Verletzten sind folgende: 1. Stanislaw Nowod...

Die amtliche Meldung lautet: Heute früh 1 Uhr 40 Minuten...

Raubanfall auf einen Küster.

In Friedenau wurde heute vormittag ein vermögner Raub...

Der Angeklagte Silberreich bestritt in seiner Vernehmung die...

Es sich keine Wahrheit.

Was sich Silberreich löst? Silberreich bestritt die Behauptungen...

Die Angeklagte Gebelina bestritt ebenfalls die Schuld und...

Das Obertribunal hat sich mit dem Fall beschäftigt...

Zur Arbeiterbewegung.

Rohrbewegung der Berliner Metallarbeiter. In einer vom...

Handelsteil.

Von der Börse. Der ruhige Verlauf der Geschäftstätigkeit...

Kurse gegen 3 Uhr.

Table with 2 columns: Location/Instrument and Price/Value.

Magdeburg. 2. Aug. Zuckerbericht.

Kornzucker 83 Grad ohne Sack... Stimmung...

Bremen. 2. Aug. Baumwollteufel.

Die Baumwollwaren sind heute Vormittag...

Wetterberichts.

Table with 4 columns: Station, Wind direction, Temperature, and other weather data.

1700 Meter hoch im Aeroplan.

Ein neuer Höhenrekord.

Der Pilotier Lyd hat bei dem Berliner Flugmeeting...

Letzte Nachrichten.

Das Luftschiff 'B 6' ist nach einer Weile von...

Witterungsbeobachtungen in Berlin.

Table with 6 columns: Date, Barometer, Wind, etc.

Wegen voranschreitender Wetter in Berlin und Umgebung.

Einmal warmer, zunächst jedoch heiter bei mäßigen...

Wegen voranschreitender Wetter in Berlin und Umgebung.

Table with 4 columns: Station, Wind direction, Temperature, and other weather data.

